

DpL will Rentner entlasten

Die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) wollen erreichen, dass über 65-Jährige keine Krankenkassen-Franchise mehr zahlen müssen.

Die beiden DpL-Landtagsabgeordneten Thomas Rehak und Herbert Elkuch haben am Mittwoch eine Gesetzesinitiative eingereicht. Sie wollen damit erreichen, dass für in Liechtenstein wohnhafte Rentner die obligatorische Kostenbeteiligung bei der Krankenkasse von 500 Franken pro Jahr entfällt. Der Hauptgrund für diesen Vorstoss: «Seit 2011 sind die Renten nicht mehr erhöht worden, hingegen sind die Lebenshaltungskosten gestiegen.» Und wenn eine medizinische Versorgung benötigt werde, stelle die fixe Kostenbeteiligung von 500 Franken pro Jahr «für viele eine wesentliche finanzielle Belastung dar».

Einer Erhöhung der AHV-Renten standen die beiden Abgeordneten bisher ablehnend gegenüber. Dies vor allem mit

dem Argument des «Rentenexports». Mit dem aktuellen Vorstoss würden nur Krankenversicherte in Liechtenstein profitieren. «Mit dieser Initiative werden zwar die Renten nicht erhöht, aber die Lebenshaltungskosten für die Pensionisten gesenkt», schreiben die beiden Abgeordneten in ihrer Begründung.

Geschätzte Kosten für den Staat: 3,5 Millionen Franken

Rehak und Elkuch schätzen die jährlichen Kosten für den Staatshaushalt auf «unter 3,5 Millionen Franken» pro Jahr. Per 31. Dezember 2019 zählte Liechtenstein 7087 Personen, welche das Pensionsalter von 65 Jahren erreicht haben.

Der DpL-Vorstoss widerspricht der Hauptzielsetzung der letzten Revision des Kran-

kenversicherungsgesetzes. Die obligatorische Kostenbeteiligung wurde unter anderem deshalb eingeführt, damit Versicherte – auch Rentner – nicht wegen jedem «Wehwehchen» zum Arzt gehen. Dem widerspricht der DpL-Abgeordnete Thomas Rehak: «Der Selbstbehalt von zehn Prozent wird mit unserer Initiative nicht tangiert. Wir wollen nur die Mindestfranchise von 500 Franken streichen.» Das einzige Ziel der Initiative sei die Entlastung der Rentner. «Mit unserer Initiative erhalten alle Rentner, auch die mit einer halben AHV-Rente, die gleiche Unterstützung wie diejenigen mit einer vollen Rente, sofern sie medizinische Leistungen beanspruchen», erklärt der Abgeordnete Rehak.

Patrik Schädler